

### Bekanntmachung

Die 03. Sitzung des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung findet am Mittwoch, den 12.08.2020 statt.

Beginn: 17:00 Uhr

Ort: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Löwenscher Saal

#### Tagesordnung:

##### Öffentlicher Teil

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Bestätigung der Niederschrift der 02. Sitzung des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung vom 20.05.2020
- 3 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 4 Beratung zu aktuellen Themen
- 4.1 Prüfung Parkplatzumwandlung  
Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI  
Vorlage: AN 0019/2020
- 4.2 Privates Silvesterfeuerwerk
- 4.3 Grafitti
- 5 Verschiedenes

##### Nichtöffentlicher Teil

- 6 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 7 Beratung zu aktuellen Themen -keine-
- 8 Verschiedenes

##### Öffentlicher Teil

- 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

gez. Ann Christin von Allwörden  
Vorsitz

Niederschrift  
der 02. Sitzung des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung

Sitzungsdatum: Mittwoch, den 20.05.2020  
Beginn: 17:00 Uhr  
Ende: 18:10 Uhr  
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Löwenscher Saal

**Anwesend:**

Vorsitzende/r

Frau Ann Christin von Allwörden

stellv. Vorsitzende/r

Herr Marco Schröder

Mitglieder

Frau Kerstin Chill

Herr Mathias Miseler

Frau Maria Quintana Schmidt

Herr Achim Stuhr

Vertreter

Frau Kerstin Friesenhahn

Vertretung für Herrn Hendrik Lastovka

Frau Anett Kindler

Vertretung für Herrn Axel Peters

Protokollführer

Frau Gaby Ely

von der Verwaltung

Herr Florian Peters

Herr Heino Tanschus

Frau Annabell Witte

**Tagesordnung:**

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Bestätigung der Niederschrift der 01. Sitzung des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung vom 26.02.2020
- 3 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 3.1 Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen der Hansestadt Stralsund und der Gemeinde Kramerhof über den abwehrenden Brandschutz und die technische Hilfeleistung  
Vorlage: B 0006/2020
- 4 Beratung zu aktuellen Themen
- 4.1 Informationen zur Corona-Krise

- 5      Verschiedenes
- 9      Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von  
Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 9 Mitgliedern des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung sind 8 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Die Sitzung wird durch die Ausschussvorsitzende geleitet. Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

### **zu 1 Bestätigung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung wird ohne Änderungen/Ergänzungen zur Kenntnis genommen.

### **zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 01. Sitzung des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung vom 26.02.2020**

Die Niederschrift des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung vom 26.02.2020 wird ohne Änderungen/Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 5 Zustimmungen      0 Gegenstimmen      3 Stimmenthaltungen

### **zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen**

#### **zu 3.1 Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen der Hansestadt Stralsund und der Gemeinde Kramerhof über den abwehrenden Brandschutz und die technische Hilfeleistung Vorlage: B 0006/2020**

Herr Tanschus teilt mit, dass die Vorlage auf einem Vertrag basiert, der in den 2000ern mit der Gemeinde Kramerhof geschlossen worden ist. Der Vertrag wurde fristgerecht gekündigt mit der signalisierten Bereitschaft, die Zusammenarbeit unter geänderten finanziellen Konditionen fortzusetzen. Das Vertragswerk wurde ausgehandelt und den aktuellen rechtlichen Bestimmungen angepasst.

Die Ausschussmitglieder haben keine Fragen. Frau von Allwörden stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft die Vorlage B 0006/2020 gemäß Beschlussempfehlung zu beschließen.

Abstimmung: 8 Zustimmungen      0 Gegenstimmen      0 Stimmenthaltungen

#### **zu 4      Beratung zu aktuellen Themen**

##### **zu 4.1      Informationen zur Corona-Krise**

Herr Tanschus weist bezüglich der Zuständigkeiten auf die neue Situation aufgrund der Kreisgebietsreform vor einigen Jahren hin. Zur Seite gestanden hat der Verwaltung das Helios Hansekllinikum, weshalb auch der Geschäftsführer des Krankenhauses zur Sitzung anwesend ist.

Herr Rasche berichtet, dass es Anfang Februar die ersten Meldungen zu Corona gab, die die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im Klinikum haben aktiv werden lassen. Im Krankenhaus West wurde eine Isolierstation eingerichtet. Im Krankenhaus am Sund wurde eine Etage freigezogen, um dort ausschließlich Corona-Risikopatienten bzw. bestätigte Corona-Fälle behandeln zu können.

Es wurde ein Stab eingerichtet, dessen Arbeit immer weiter ausgeweitet wurde.

Auf dem stillgelegten Parkplatz Krankenhaus West wurde eine Corona-Abstrichstation im Stil eines Drive-through eingerichtet.

Die positive Resonanz auf die Arbeit des Klinikpersonals (Torten für die Kinderstation, Transparente vor den Kliniken) zeigt, dass die Vorgehensweise Anklang in der Öffentlichkeit findet.

Herr Rasche betont, dass bisher keine Todesfälle im Zusammenhang mit Corona im Klinikum zu verzeichnen sind. Es wurden verschiedenste Aktionen für die Mitarbeiter der Klinik ins Leben gerufen.

Das verhängte Besuchsverbot hat das Personal vor Herausforderungen gestellt, da der Erlass des Landes am Sonntag, einem Hauptbesuchstag in Kraft getreten ist. Es wurde dann mit Hilfe von Schülern ein Transportdienst eingerichtet. So konnten Patienten gewünschte und benötigte Dinge von ihren Angehörigen erhalten.

Der Geschäftsführer hebt die bis dato hervorragende Zusammenarbeit mit den Behörden und Einrichtungen im Umland hervor.

Die Anweisung des Bundesgesundheitsministers, elektive Eingriffe zu verschieben und die Intensivkapazitäten zu verdoppeln, hat dazu geführt, dass sich eine gewisse Anzahl von Operationen aufgestaut hat. Ziel ist es, unter Corona-Bedingungen ein halbwegs adäquates Tagesgeschäft auf den Weg zu bringen.

Die Stadt, der Landkreis und auch das Bundesland insgesamt sind von der Pandemie verhältnismäßig verschont geblieben. Das liegt auch an der Umsichtigkeit der Bürgerinnen und

Bürger. Abzuwarten bleibt, wie sich die Situation entwickelt, wenn wieder Touristen nach Mecklenburg-Vorpommern reisen dürfen.

Frau von Allwörden dankt Herrn Rasche und den Klinikmitarbeitern im Namen des Ausschusses für die große Flexibilität, das Engagement und die hohe Leistungsbereitschaft.

Herr Tanschus erklärt, dass die originäre Verantwortung, die Pandemie betreffend, beim Landkreis liegt. Der Leiter des Amtes 30 hebt besonders hervor, dass das Klinikum auch über seinen Wirkungskreis hinaus aktiv war. So wurden Materialien für Pflegeeinrichtungen beschafft und auch beratend stand das Klinikum der Stadt zur Seite.

Aufgabe der Stadt war es, alle üblichen Dienstleistungen weiterhin anzubieten und den Verwaltungsablauf aufrechtzuerhalten, auch mit Blick auf die Strom- und Wasserversorgung.

Herr Peters schildert die Einrichtung, den Aufbau und die Arbeit des Stabes an Hand einer Präsentation, die dem Protokoll als Anlage beigefügt wird.

Herr Tanschus fasst zusammen, dass für den Fall einer 2. Welle die Stadt gut vorbereitet ist. Durch das Ordnungsamt wurden über 1000 Betriebe kontrolliert, bei denen nur sehr wenige Verstöße festgestellt worden sind. Sein Dank gilt den Stralsunder und Stralsunderinnen als auch den Unternehmern, die sich vorbildlich an die Verordnungen gehalten haben.

Die Ausschussmitglieder folgen dem Vorschlag von Frau von Allwörden, eine Pressemitteilung zu veröffentlichen, in der der Ausschuss mitteilt, dass er über die Lage und die geleistete Arbeit informiert wurde. Außerdem soll den Bürgern für ihr vorbildliches Verhalten in dieser Zeit gedankt werden.

Frau Friesenhahn sind die häufig durchgeführten Kontrollen positiv aufgefallen. Auf Nachfrage erklärt Herr Tanschus, dass im Stellenplan 2020 3 Stellen für einen Kommunalen Ordnungsdienst vorgesehen sind. Außerdem erkundigt Frau Friesenhahn sich, ob die Tagesklinken wieder geöffnet haben. Aus einem Gespräch mit Herrn Rasche teilt Herr Tanschus mit, dass überall dort, wo Öffnungen vorgenommen werden können, diese auch erfolgen. Weiterhin fragt Frau Friesenhahn, ob es den Stab weiterhin geben wird und wenn ja wie lange. Herr Tanschus erklärt, dass die Lage momentan so ist, dass die übergreifende Koordination in Stabsform nicht benötigt wird. Deshalb hat man sich entschieden, die Stabsarbeit in der nächsten Woche zu beenden und die Lage in reduzierter Form weiter zu beobachten. Frau von Allwörden ergänzt, dass die bekannten Lockerungen erstmal in Kraft sind bzw. bis 25. Mai in Kraft treten. Danach soll drei Wochen geschaut werden, wie diese sich auswirken.

Herr Stuhr erkundigt sich, was passiert, wenn die Infektionszahlen über den Schwellenwert von 50 Infektionen innerhalb einer Woche je 100.000 Einwohner im Landkreis steigen. Herr Tanschus erklärt dazu, dass die höchsten Werte bisher bei 11 bis 12 Infektionen gleichzeitig lagen. Bisher konnte jeder Fall zurückverfolgt werden. Der Leiter des Amt 30 verweist auf die Internetseite des RKI, auf der alle Informationen tagesaktuell abgerufen werden können. Frau von Allwörden fügt hinzu, dass nicht nur Vermieter von Ferienwohnungen oder Booten kontrollieren müssen, ob ein Gast aus einem Risikogebiet kommt, auch der Gast hat zu prüfen, ob er reisen darf.

Frau Kindler erkundigt sich, ob ein Vertreter der Stadt Mitglied im Stab des Landkreises ist. Herr Peters erklärt, dass dies nicht der Fall ist, aber ein enger Austausch per Telefon oder E-Mail stattgefunden hat. Frau Kindler regt an, sollte der Stab nochmal aktiv werden müssen, dies zu überdenken.

Weiter fragt Frau Kindler, ob die Isolierstation genutzt worden ist. Dazu erklärt Herr Tanschus, dass sich dort Menschen außerhalb ihrer Familien isoliert haben. Vor allem, wenn bei Partnern Vorerkrankungen bestanden haben oder kleine Kinder im Haushalt leben.

In Bezug auf die erste Frage ergänzt Herr Tanschus, dass der Landkreis die besondere Rolle der Hansestadt erkannt hat.

Frau Quintana Schmidt bemängelt die fehlende Kontrolle zu den persönlichen Daten, die beispielsweise in Restaurants hinterlegt werden müssen. Herr Tanschus weist darauf hin, dass die Rückverfolgungen auch vor der Hinterlegung der Daten durchgeführt wurde und erfolgreich war. Hier handelt es sich um eine zusätzliche Sicherheitsmaßnahme.

Frau von Allwörden erklärt, dass es sich bei der Kontrolle des Ausweises durch den Gastronom um einen Grundrechtseingriff handeln würde. Es muss an die Vernunft der Gäste appelliert werden, dass diese die korrekten Daten angeben.

Herr Schröder fragt, ob sich die zwei Verstorbenen aus der letzten Liste auf den Landkreis beziehen. Herr Peters bejaht die Frage. Frau von Allwörden fügt hinzu, dass die Erfassung nach Wohnort erfolgt.

Es gibt keine weiteren Fragen. Frau von Allwörden dankt für die Ausführungen und schließt den Tagesordnungspunkt.

## **zu 5      Verschiedenes**

Herr Stuhr weist auf eine Brücke auf einem Wanderweg in den Tribseer Wiesen hin, die sehr morsch ist (Heinrich-Lietz-Straße in Richtung Autobahnzubringer). Herr Tanschus sagt zu, sich der Angelegenheit anzunehmen.

Frau Friesenhahn bittet darum, dass von der Verwaltung noch einmal die Beschilderung der Wege an der Sundpromenade überprüft wird. Gerade dort, wo der Weg dreigeteilt ist, sollte ausgeschildert werden, wer welchen Weg nutzen darf (Fußgänger, Radfahrer).

Herr Tanschus leitet die Bitte an Herrn Bogusch weiter, ist sich aber sicher, dass eine Beschilderung vorhanden ist.

Frau von Allwörden teilt mit, dass ein an den Präsidenten gerichtetes Schreiben eingegangen ist, welches die Problematik Feuerwerk zum Thema hat. Sie kündigt an, dass der Ausschuss in seiner nächsten Sitzung über das Thema beraten wird.

Außerdem hat Herr Miseler darum gebeten, noch einmal das Thema Graffiti zu beraten, ebenfalls in der nächsten Sitzung.

Auch der vorliegende Erweiterungsantrag zur Prävention soll in der am 12.08.2020 stattfindenden Sitzung thematisiert werden. Hierzu werden Vertreter des Präventionsrates, Herr Bischof vom Förderverein und ein Vertreter der Polizei zur Sitzung eingeladen.

Über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN/ DIE PARTEI zur Parkplatzumwandlung (AN 0019/2020), der in der letzten Sitzung zur Beratung in die Fraktionen verwiesen worden ist, wird beraten, wenn die Fraktionen ihre Beratungen abgeschlossen haben.

Die Ausschussmitglieder haben keinen weiteren Redebedarf.

Da im nichtöffentlichen Teil der Sitzung kein Redebedarf besteht entfallen die übrigen Tagesordnungspunkte und Frau von Allwörden schließt die Sitzung.

**zu 9      Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen  
aus dem nichtöffentlichen Teil**

Frau von Allwörden stellt die Öffentlichkeit wieder her und schließt die Sitzung.

gez. Ann Christin von  
Allwörden  
Vorsitzender

gez. Gaby Ely  
Protokollführung

**Titel: Prüfung Parkplatzumwandlung**

**Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI**

Federführung:	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI	Datum:	21.01.2020
Einreicher:	Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI		

Beratungsfolge	Termin	
----------------	--------	--

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Die Stadtverwaltung nimmt eine Prüfung vor, die auf eine Aufhebung von drei Stellplätzen vor den Häusern Wasserstraße 42 und 43 zielt.

Der Ausschuss für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung ist über das Ergebnis der Prüfung zeitnah zu unterrichten.

Begründung:

In diesem Bereich mündet der vom Frankendamm kommende Radweg unmittelbar vor dem Kreisel an der Wasserstraße in die Fahrbahn auf dem Frankendamm. Die derzeit ebenfalls auf dieser Höhe rechtsseitig befindlichen Stellplätze sind so angeordnet, dass ein Einmünden auf der Fahrbahn nur rückwärts möglich ist. Dabei kann es immer wieder zu gefährdenden Situationen für die Radfahrer kommen, die auch schon dazu geführt haben, dass eine Radfahrerin bei einem Unfall schwer verletzt wurde.

# TOP Ö 4.1

Hansestadt Stralsund  
Der Oberbürgermeister  
Büro des Präsidenten der  
Bürgerschaft/Gremiendienst

## Beschluss der Bürgerschaft

**Zu TOP : 9.8**

**Prüfung Parkplatzumwandlung**

**Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI**

**Vorlage: AN 0019/2020**

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt die Verweisung des Antrages AN 0019/2020 zur Beratung in den Ausschuss für Sicherheit und Ordnung mit folgendem Wortlaut:

Die Stadtverwaltung nimmt eine Prüfung vor, die auf eine Aufhebung von drei Stellplätzen vor den Häusern Wasserstraße 42 und 43 zielt.

Beschluss-Nr.: 2020-VII-01-0200

Datum: 30.01.2020

Im Auftrag

gez. Kuhn

# TOP Ö 4.1

## **Auszug aus der Niederschrift über die 01. Sitzung der Bürgerschaft am 30.01.2020**

### **Zu TOP : 9.8**

#### **Prüfung Parkplatzumwandlung**

**Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI**

**Vorlage: AN 0019/2020**

Herr Suhr erläutert den Antrag. Es handelt sich um einen sensiblen Bereich, da sich in der Umgebung mehrere Schulen befinden. Um Unfälle, wie vor einem Jahr geschehen, zu vermeiden, wäre es sinnvoll die Parkplätze aufzuheben.

Herr Bauschke merkt an, dass das Anliegen des Antrages berechtigt ist. Er stellt jedoch fest, dass die Thematik bereits im Ausschuss für Sicherheit und Ordnung behandelt wird. Daher stellt er den Antrag, Punkt 2 des Ursprungsantrages zu streichen und den verbliebenen Wortlaut zur Beratung in den Ausschuss für Sicherheit und Ordnung zu verweisen.

Herr Haack berichtet, dass er seit 34 Jahren in der Umgebung wohnt und es in diesem Zeitraum genau diesen einen schweren Unfall gegeben hat. Dies stellt keinen Schwerpunkt da. Die bestehenden Parkplätze sind u.a. für die Gewerbetreibenden in der Umgebung von Bedeutung. Nach Ansicht von Herrn Haack müssen die Verkehrsteilnehmer in dem Bereich alle aufpassen.

Frau Kindler teilt mit, dass die meisten Radfahrer sich verkehrswidrig verhalten und den Fußweg nutzen, um den Bereich der drei Parkplätze zu umfahren.

Herr Suhr erklärt, dem Antrag von Herrn Bauschke zustimmen zu können.

Herr Paul stellt den Antrag von Herrn Bauschke wie folgt zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt die Verweisung des Antrages AN 0019/2020 zur Beratung in den Ausschuss für Sicherheit und Ordnung mit folgendem Wortlaut:

Die Stadtverwaltung nimmt eine Prüfung vor, die auf eine Aufhebung von drei Stellplätzen vor den Häusern Wasserstraße 42 und 43 zielt.

Abstimmung: Einstimmig beschlossen

Beschluss-Nr.: 2020-VII-01-0200

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Steffen Behrendt

Stralsund, 12.02.2020

# TOP Ö 4.1

## **Auszug aus der Niederschrift über die 01. Sitzung des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung am 26.02.2020**

### **Zu TOP : 4.1**

#### **Prüfung Parkplatzumwandlung**

**Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI**

**Vorlage: AN 0019/2020**

Herr Peters verliest den vorliegenden Antrag.

Er beantragt Rederecht für Herrn Dr. Klette vom ADFC Stralsund und stellt den Antrag zur Abstimmung.

Abstimmung: 7 Zustimmungen      0 Gegenstimmen      0 Stimmenthaltungen

Somit erhält Herr Dr. Klette Rederecht.

Frau Wilcke führt in die Thematik ein und zeigt an Hand eines Bildes, um welche Parkflächen es geht und welche verkehrlichen Gegebenheiten vorliegen. Sie bestätigt, dass eine Konfliktsituation zwischen Fahrradfahrern und den dort parkenden Autos vorhanden ist, es sich aber nicht um einen Unfallschwerpunkt handelt. Aus ihrer Sicht ist eine Abwägung erforderlich.

Herr Peters verliest in Auszügen die Stellungnahme der Polizeiinspektion Stralsund vom 24.02.2020, die den Ausschussmitgliedern vorliegt. Demnach wird aus Sicht der Polizei für eine „Entschärfung“ der Verkehrssituation plädiert.

Herr Dr. Klette vom ADFC Stralsund weist darauf hin, dass sich in dem betreffenden Bereich viele Kinder bewegen, die, wenn sie sich mit dem Fahrrad fortbewegen, vom Radweg in den Kreisverkehr fahren müssten, dies aber oft aus verständlichen Gründen nicht tun und den Gehweg nutzen. Für ein regelgerechtes Verhalten muss eine vernünftige Verkehrsregelung geschaffen werden. Für den Radfahrer liegt momentan eine schwierige Situation vor. Weiter führt Herr Dr. Klette aus, dass die Anzahl der wenigen Unfälle bei der Entscheidung nicht positiv betrachtet werden sollte. Man kann froh sein, dass es bisher nicht mehr Unfälle an dieser Stelle gab. Außerdem geht Herr Dr. Klette von einer gewissen Anzahl von Unfällen in diesem Bereich aus, die der Polizei nicht gemeldet worden sind. Er weist weiter darauf hin, dass es in der Umgebung viele Parkmöglichkeiten gibt.

Herr Schröder ist der Meinung, dass eine abstrakte Gefahr vorhanden ist. Er geht aber nicht von einer hohen Dunkelziffer von Unfällen aus. Herr Schröder argumentiert, dass eine Wegnahme der Parkplätze Kosten verursacht und schlägt vor, den Gehweg in diesem Bereich für Radfahrer frei zu geben und so eine Wahlmöglichkeit zu schaffen.

Herr Bernhardt ergänzt, dass seine Fraktion Verständnis für die Fahrradfahrer hat, die drei Parkplätze aber trotzdem erhalten möchte, da diese für die Gewerbetreibenden als notwendig erachtet werden. Den Gehweg für die Länge des Kreisverkehrs für Radfahrer freizugeben, stellt einen Kompromiss dar, der verschiedenste Interessen befriedigt.

Frau Quintana Schmidt teilt mit, dass sich ihre Fraktion für die Wegnahme der drei Parkplätze ausspricht. Auch die dort parkenden Fahrzeuge benötigen meist lange, sich wieder in den Verkehr einordnen zu können. Die Sicherheit steht im Vordergrund und andere Geschäftstreibende verfügen auch nicht über Kundenparkplätze. Weiterhin schätzt Frau

Quintana Schmidt, dass heute deutlich mehr Fahrradfahrer unterwegs sind als vor 10 Jahren.

Herr Stuhr schlägt vor, dass geprüft wird, ob die Parkflächen so genutzt werden können, dass in einem 45 Grad Winkel eingeparkt werden kann und ob sie so erhalten werden können. Ein weiterer Vorschlag ist, die jetzigen Stellplätze in Längsparkflächen umzuwandeln.

Herr Dr. Klette entgegnet, dass die Polizei empfohlen hat, die Situation durch geeignete Maßnahmen zu entschärfen. Herr Dr. Klette erklärt weiter, dass die Parkflächen auf Wunsch einer Firma eingerichtet wurden, die dort nicht mehr ansässig ist.

Herr Pieper spricht sich für ein oder zwei Längsstellplätze aus, sollte der Platz ausreichen.

Herr Bernhardt weist auf die zusätzlichen Maßnahmen hin, die erforderlich wären, sollten Längsparkplätze entstehen.

Frau Wilcke erklärt, dass die Maßnahme „Gehweg-Radfahrer frei“ aus verkehrsrechtlicher Sicht nicht angeordnet wird, da der Radfahrer hinterher nicht mehr gesichert auf die Fahrbahn geführt werden kann. Unfallstatistiken zeigen, dass ein hohes Risiko besteht, wenn der Radfahrer ungeschützt in die Fahrbahn fällt, was hier der Fall wäre. Im Längsverkehr gibt es weniger Unfälle mit Radfahrern. Gefahr bestehe in erster Linie beim Abbiegen.

Für zwei Längsparkplätze müssten gut 12m Platz vorhanden sein. Dann befindet man sich soweit in dem Einmündungsbereich des Kreisverkehrs, dass dies keine Lösung ist.

Frau Wilcke weist auf eine Änderung in der StVO hin, wonach sich der Abstand, der im Kreuzungsbereich einzuhalten ist, erheblich vergrößert.

Eine denkbare aber ungünstige Lösung wäre die Erhaltung eines Stellplatzes über eine Ein- und Ausfahrt über die Klosterstraße.

Aufgrund der vorhandenen Parkplätze in der Umgebung stellt sich für Herrn Peters die Frage, ob die drei thematisierten nicht zur Disposition gestellt werden können.

Frau Wilcke ergänzt, dass gerade bei längs parkenden Autos ein Konflikt mit Radfahrern beim Öffnen der Autotür entsteht. Die Tiefe der Stellplätze müsste so angelegt werden, dass ein Zwischenraum zwischen dem Auto bzw. der geöffneten Tür und dem Fahrradfahrer vorhanden ist. Als Beispiel nennt Frau Wilcke den neuausgebauten Abschnitt auf dem Tribseer Damm.

Herr Peters fasst das bisher Gesagte zusammen.

Auf eine Nachfrage von Herrn Peters bezüglich der Kosten antwortet Frau Wilcke, dass beim Wegfall der Parkplätze eine Abordnung erfolgt und das Schild einfach weggenommen wird.

Herr Bernhardt erfragt mögliche Stellen für die Rückführung des Radfahrers auf die Straße. Hier sieht Frau Wilcke keine Möglichkeit. Sie weist noch einmal darauf hin, dass die Problematik hier beim Rückwärtsausparken besteht.

Es ist merkbar, dass die Stellplätze nachträglich angeordnet worden sind.

Herr Peters verliest eine E-Mail von Frau Raese, Leiterin der Arbeitsgruppe Verkehr an der Jona Schule. Aus Sicht der Arbeitsgruppe ist die Verkehrssituation an der Wasserstraße dringend sicherer zu gestalten.

Der Vorschlag eines umlaufenden Radweges um den Kreisverkehr von Herrn Dr. Klette wird von Frau Wilcke mit Verweis auf die Unfallstatistik nicht unterstützt. Es gibt solche Lösungen im Stadtgebiet, allerdings kommt es hier zu Unfällen.

Auf die Anmerkung von Herrn Bernhardt erwidert Frau Wilcke, dass die Schrägstellplätze (45 Grad) keinen Umbau erfordern würden. Es würde sich aber aus ihrer Sicht an der vorhandenen Situation nicht viel ändern.

Herr Stuhr schlägt einen Testlauf mit zwei Parkplätzen vor, die dann im 45 Grad Winkel beparkt werden.

Herr Pieper schlägt vor, den Antrag zur Beratung in die Fraktionen zu verweisen.

Herr Peters stellt den Antrag zur Abstimmung.

Abstimmung: 6 Zustimmungen      0 Gegenstimmen      1 Stimmenthaltung

Der Antrag wird in der nächsten Sitzung des Ausschusses erneut beraten.

Herr Peters bedankt sich bei den Gästen und schließt den Tagesordnungspunkt.

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Gaby Ely

Stralsund, 09.03.2020

# TOP Ö 4.2

Schreiben von Frau Diana Meyen

## Anliegen zum Thema privates Silvesterfeuerwerk

Sehr geehrter Herr Bürgerschaftspräsident Paul,

zwar steht derzeit die Corona-Pandemie im Fokus der Öffentlichkeit, dennoch möchte ich Sie auf ein mir wichtiges Anliegen aufmerksam machen, das nichts damit zu tun hat.

Mir geht es um das Thema privates Silvesterfeuerwerk in der Altstadt von Stralsund und zwar in Verbindung mit einem Unfall, der sich am Silvesterabend 2019/2020 auf der Hafeninsel zugetragen hat.

Dabei sind meine Eltern (beide über 60) am späten Nachmittag zu Schaden gekommen, als sie über die Hafeninsel spazierten, um später eigentlich das öffentliche "Molenfeuer" zu sehen. Auf Höhe des "Ankers" passierten sie eine Menschengruppe, die ihr privates Böllerwerk so leichtsinnig zündete, dass die Knallerbatterie nicht vertikal in die Luft stieg, sondern meine Eltern traf. Dabei ging Kleidung kaputt und mein Vater trug Prellungen am Oberkörper davon. In den darauffolgenden Tagen stellte sich jedoch vor allem heraus, dass meine Mutter ein schweres Knalltrauma erlitten und ein Drittel ihrer Hörfähigkeit dauerhaft verloren hat. Hinzu kommen Schwindel und ein zermürender Tinnitus - beides hält bis heute an. Aufgrund des unglücklichen Zufalls, zur falschen Zeit am falschen Ort gewesen zu sein, hat sich ihre Lebensqualität deutlich verschlechtert. Die Auswirkungen betreffen natürlich auch meinen Vater und nicht zuletzt die ganze Familie, zu denen Enkelkinder zählen, die meine Mutter immer gerne betreut hat. Die Geräuschempfindlichkeit macht es ihr nahezu unmöglich.

Ich bin mir darüber bewusst, dass der Unfall nach einem Einzelschicksal klingt. Leider konnten die Verursacher nie auf ihren Fehler aufmerksam gemacht werden.

Der Hintergrund lässt mir jedoch keine Ruhe. Die Erfahrung meiner Eltern hätte nicht sein müssen. Privates Silvesterfeuerwerk ist in der heutigen Zeit völlig überflüssig geworden. Immer mehr Menschen zweifeln an der Sinnhaftigkeit und Städte wie Paris oder Wellington haben die private Böllerei bereits verboten. In Deutschland gelten Verbote für den Schlossplatz in Stuttgart, um den Kölner Dom und auch für Teile der Innenstadt von Hannover. Unsere schöne Stadt wird dagegen zugemüllt (die Mittel für die Reinigung könnten sicher an anderer Stelle besser eingesetzt werden), Menschen und Tiere werden von den lauten Geräuschen gestört und unnötiger Feinstaub wird verbreitet. Das passt nicht zu einer UNESCO-Welterbe-Stadt, die sich dem Klimaschutz verschrieben hat, Plastikmüll reduzieren möchte und vor allem Aufenthaltsqualität bieten will.

Außerdem wird von der Tourismuszentrale Stralsund ein öffentliches Molenfeuer organisiert, das sich alle Feuerwerksbegeisterten kostenlos anschauen können. Wozu müssen direkt daneben noch private Böller gezündet werden?

Ich bitte Sie höflich, die Diskussion über ein Verbot von privatem Feuerwerk, insbesondere in der historischen Altstadt Stralsunds in der Bürgerschaft (erneut) zu thematisieren. Die Zeit vergeht schnell und bald ist wieder Silvester. Und vielleicht kommen wieder Menschen durch unachtsame Knallerei zu Schaden. Die Natur und die Stadtkasse werden in

jedem Fall von den Nebenwirkungen betroffen sein.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und stehe für Fragen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Diana Meyen